

Politik und Dekadenz

Wie das späte Römische Reich wird auch Deutschland nicht von Bedürftigen bedroht. Sondern von jenen, die lieber die Armen bekämpfen als die Armut

Von Wolfgang Kessler

Die Armut in Deutschland trifft viele Politiker ins Mark. In Wahlkämpfen kommt das Thema kaum vor. In Diskussionen wird diese Frage gerne weggedrückt. In Deutschland verhungere doch niemand, heißt es dann. Und wenn Kinderarmut zum Thema wird, wie jüngst durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dann schlagen viele Politiker wild um sich. Die Regierung sieht in dem Urteil »eine schallende Ohrfeige« für Rot-Grün. Und FDP-Chef Guido Westerwelle nutzte es zu einer Suada gegen »sozialistische Züge« im Sozialstaat: »Wer dem Volk einen anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.«

Dass viele in der Politik auf das Thema Armut so gereizt reagieren, hat einen tiefen Grund: Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in diesem Land ist der moralische und soziale Offenbarungseid einer Wirtschaftspolitik, die seit mehr als zwanzig Jahren von der überwiegenden Mehrheit in Politik und Wirtschaft gutgeheißen und betrieben wird.

In dieser Zeit hat sich das marktradikale Denken durchgesetzt. Der Wirtschaftsliberalismus fußt auf wenigen, aber prinzipiellen Grundsätzen: Der freie Markt ist effizienter als der Staat; privat ist wirtschaftlicher als öffentlich; Gewinne schaffen Arbeit, Löhne sind Kosten. Diese Denkweise hat Konsequenzen: Steuern senken, Sozialleistungen schleifen, staatliche Regeln beseitigen, Löhne senken, Gewinne erhöhen, Gesundheit, Rente, Bahn privatisieren – das ist die Politik, die aus diesem Denken folgt. Man müsse die fettesten Pferde füttern, damit auch für die Spatzen mehr Pferdeäpfel abfallen, hieß es im Umfeld der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Diese Pferde-Spatzen-Philosophie hat die Welt revolutioniert.

Sie führte zu einer »Verbetriebswirtschaftlichung« des Denkens, das sich in viele Köpfe eingegraben hat. Viele, die diesem Denken anhängen, stellen Ziele wie Solidarität und Gerechtigkeit grundsätzlich infrage – Philosophen, Normalbürger und Politiker gleichermaßen. Für den Philosophen Peter Sloterdijk ist der Sozial- und Steuerstaat »eine Kleptokratie, in der die Unproduktiven auf Kosten der Produktiven leben«. Der Begriff »Gerechtigkeit« kommt in der Berichterstattung des Fernsehens und der Tageszeitungen über die wichtigsten wirtschaftlichen Krisen des vergangenen Jahrzehnts so gut wie nicht vor. Das ist eine der zentralen Erkenntnisse einer noch nicht veröffentlichten Studie der Sozialwissenschaftler und Journalisten Hans Jürgen Arlt und Wolfgang Storz. Der US-amerikanische Soziologe Richard Sennett spricht vom »Hass der modernen Gesellschaft auf die Parasiten«.

Auch die Politiker haben sich in ihrer großen Mehrheit dem Wirtschaftsliberalismus unterworfen. Die rot-grünen Hartz-Gesetze sind ein Musterbeispiel dafür, wie der Staat die Lebensleistungen von Menschen entwertet und selbst mehr Armut schafft. Auf der anderen Seite wurden die Steuersätze von Spitzenverdienern, Großunternehmen und Geldanlegern ständig gesenkt – sie zahlen so wenig Steuern wie kaum je in der Geschichte der Bundesrepublik. Dafür sind die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden hoch verschuldet. Mit dem privaten Reichtum wächst die öffentliche Armut.

Das Ergebnis dieser Politik ist eine bizarre Klassengesellschaft: Hauptgewinner sind die zehn Prozent reichsten Haushalte, die ihr Privatvermögen jedes Jahr mehren, auch weil es keine Vermögenssteuer gibt. Gewinner sind Großunternehmen, reiche Sparer und Spitzenverdiener in Banken, Großbetrieben oder auch beim Staat. Im Mittelstand – dem Heer von gut ausgebildeten Angestellten – mischt sich Angst vor dem sozialen Abstieg mit dem – berechtigten – Gefühl, den Staat durch die eigenen Steuern fast allein zu tragen. Und »unten« wächst das Heer der Benachteiligten: Rund 13 Millionen Menschen leben inzwischen von Sozialleistungen oder arbeiten zu Stundenlöhnen von unter acht Euro. Rund drei Millionen Kinder und Jugendliche wachsen in prekären Verhältnissen auf. Hinzu kommt: Die Gesellschaft wird immer undurchlässiger. Die Oberklasse rekrutiert sich vor allem aus ihresgleichen, Hartz-IV-Empfängern gelingt nur selten der Ausbruch aus der Spirale der Armut.

Deshalb wirkt das Heer der sozial Benachteiligten wie ein Stachel im Fleisch der – angeblichen – Elite, widerlegt es doch deren langjährige wirtschaftspolitische Strategie. Wenn die fettesten Pferde gefüttert werden, gibt es vor allem mehr hungrige Spatzen.

In dieser Lage helfen keine kurzatmigen Korrekturen. Stattdessen müssen Gerechtigkeit und Solidarität wieder zu zentralen Zielen der Politik werden. Es braucht keine Polemik gegen die Armen, sondern Schritte, um Kinder aus prekären Familien so zu fördern, dass sie selbst den Weg aus der Armut finden. Wer kritisiert, dass die Hartz-IV-Sätze so hoch sind, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt, muss höhere Löhne fordern, vor allem für Geringverdiener. Und es braucht den Mut, die Spitzenverdiener und Vermögenden durch höhere Steuern wieder in die Solidarität einzubinden. Würden Vermögen, höhere Einkommen und hohe Erbschaften so besteuert wie in Frankreich, flössen jedes Jahr 66 Milliarden Euro mehr in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Aber droht dann nicht wirklich die spätrömische Dekadenz? Nun, die Historiker sind sich in einem einig: An den Armen ging das Römische Reich nicht zugrunde, sondern an der Bedrohung durch die Germanen im Norden, die Perser im Osten – und am Verfall der intellektuellen Redlichkeit sowie am korrupten Luxusleben der selbsternannten Elite.